

Antworten des **CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt** zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2021

1. Globales Lernen und Friedensbildung in Sachsen-Anhalt ausbauen!

- **Wie können und sollten aus Ihrer Sicht die Ressourcen für Friedensbildung in Sachsen-Anhalt strukturell ausgebaut werden?**

Generell ist diese Frage eine Frage, die auf Bundesebene zu beantworten ist, da das Thema Friedensbildung eine große Nähe zur Außenpolitik besitzt. Die Strukturen in Sachsen-Anhalt sind deshalb auch nicht durch den Staat geprägt, sondern von privaten Initiativen. Diese tragen selbst die Verantwortung für die Ressourcen und die Strukturen, mit und in denen sie arbeiten wollen.

- **Befürworten Sie für Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Servicestelle Friedensbildung ähnlich wie in anderen Bundesländern?**

Nein. Diese Aufgabe kann bereits jetzt durch die Landeszentrale für politische Bildung wahrgenommen werden und bedarf keiner weiteren Institutionalisierung

- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Stellen im „Eine Welt-Promotor*innen-Programm“ in Sachsen-Anhalt ab 2022 erhöht wird?**

Nein. Siehe Antwort zu Frage 1.2.

2. Demokratieförderung gesetzlich verankern!

- **Befürworten Sie ein Demokratieförderungsgesetz auch für das Land Sachsen-Anhalt?**

Nein. Auf Bundesebene wird dies gegenwärtig diskutiert. Ein solches Gesetz ist aus unserer Sicht weder auf Bundesebene noch auf Landesebene erforderlich.

- **Werden Sie die Mittel im Landesprogramm für Demokratie und Weltoffenheit erhöhen und bürokratische Hürden bei der Umsetzung des Förderprogramms abbauen?**

Die CDU wird prüfen, inwieweit eine Erhöhung unter haushaltsrechtlichen Bedingungen in der nächsten Wahlperiode möglich ist. Derzeit bestehen hierzu keine Bestrebungen.

- **Kennen und unterstützen Sie Projekte der kommunalen Konfliktbearbeitung sowie -beratung?**

Nein.

3. Politisch-gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte ermöglichen!

- **Wie wird Ihre Politik die sprachliche Vielfalt in unseren Bildungseinrichtungen unterstützen?**

Die CDU legt großen Wert darauf, dass die Vermittlung der deutschen Sprache an Migranten und Flüchtlinge in allen Bildungseinrichtungen an erster Stelle bei der Vermittlung von Bildungsinhalten steht. Grundlage jeden Zusammenlebens in Deutschland ist der Erwerb und die Beherrschung der landestypischen Amtssprache. Sprachliche Vielfalt wird darüber hinaus in den Fächern, in denen Fremdsprachen vermittelt werden, gepflegt.

- **Sieht Ihr politisches Programm Maßnahmen zur Unterstützung der sprachlichen Herausforderungen, mit denen junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Ausbildung konfrontiert sind, vor?**

Siehe Antwort zu Frage 3.1.

- **Welche konkreten Schritte werden Sie angehen, um die politische Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ihrer Partei und zukünftigen politischen Ämtern zu erhöhen?**

Die CDU steht allen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland für eine Mitgliedschaft offen. Für alle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besteht daher laut Satzung die Möglichkeit der Mitgliedschaft, wenn die Person seit einem Jahr in Deutschland wohnt.

4. Antidiskriminierung und Mobbingprävention an Schulen stärken!

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Hürden hierfür abzubauen und mehr marginalisierte Menschen und Schüler*innen mit Mobbing- und Gewalterfahrungen an Strukturveränderungen zu beteiligen?**

Grundsätzlich teilen wir die von Ihnen einleitend beschriebene angebliche „Realität“ an unseren Schulen nicht. Aus der Sicht der CDU gibt es keine strukturellen Benachteiligungen, die auf die Institution „Schule“ zurückzuführen sind. Am Beginn eines jeden Schullebens steht für die Schulkinder eine Situation der gleichen Startchancen in der Schule. Dies bedeutet jedoch nicht, dass am Ende der Schulzeit eine Ergebnisgleichheit stehen kann. Die Frage nach der Bekämpfung von Mobbing und Gewalt an unseren Schulen kann alle Schülerinnen und Schüler betreffen. Deshalb ist die Politik umfassend in Bezug auf die Prävention solcher Mobbing- und Gewalterfahrungen innerhalb der Schülerschaft anzusetzen. Strukturveränderungen an den Schulen als Institution sind aus unserer Sicht nicht erforderlich.

- **Welche Maßnahmen planen Sie, um Schule zu einem gerechteren und inklusiveren Lebens- und Lernraum zu entwickeln?**

Grundsätzlich verfügen unsere Schulen über einen gerechter und inklusiven Lebens- und Lernraum. Schule ist eine Institution, in der auf Leistung und Differenzierung abgestellt wird. Wir wollen an dem bewährten gegliederten Schulwesen nicht viel ändern. Dazu zählt dann auch der Erhalt des bewährten Förderschulwesens. Inklusion kann nur dort stattfinden, wo die personellen, die finanziellen und die sächlichen Voraussetzungen gegeben sind.

- **Sind Sie bereit, ihre Bildungspolitik darauf auszurichten, dass auf Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes unabhängige Antidiskriminierungsstellen für Schulen etabliert werden und fachlich sowie finanziell in die Stärkung bestehender Empowermentstrukturen von Betroffenen investiert wird?**

Nein. Derartige Strukturen an unseren Schulen sind nicht erforderlich.

5. Mit jungen Freiwilligen Sachsen-Anhalt international sichtbarer machen!

- **Welche Möglichkeit sehen Sie für den Ausbau der internationalen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt?**

Die internationale Jugendarbeit kann verknüpft werden mit dem Anliegen des internationalen Jugendaustauschs, der über EU-Programme bereits hinreichend gefördert wird.

- **Sind Sie persönlich bzw. die Mitglieder Ihrer Fraktion bereit, die Aufnahme eines jungen Menschen aus dem Ausland bzw. die Entsendung eines Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen internationaler Freiwilligendienste im Form einer Patenschaft zu unterstützen?**

Grundsätzlich ist jeder Abgeordnete frei, eine solche Patenschaft zu unterstützen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme eines jungen Menschen aus dem Ausland bzw. die Entsendung eines Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen internationaler Freiwilligendienste in Form einer Patenschaft lehnen wir aber strikt ab. Ungeachtet dessen, werden wir aber derartige Patenschaften und Projekte unterstützen.

6. Konkrete friedenspolitische Initiativen unterstützen!

- **Wie stehen Sie zur militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide?**

Wir unterstützen eindeutig und ohne Abstriche die Übungsmöglichkeiten für die Bundeswehr und alliierter Truppen der NATO auf dem Gelände des Übungsplatzes Colbitz-Letzlinger Heide. Dadurch wird die Verteidigungsfähigkeit geübt und die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr und der Truppen des NATO-Bündnisses dokumentiert.

- **Befürworten Sie eine ausschließlich zivile Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen Sachsen-Anhalts verankert in einer Zivilklausel ?**

Nein.

- **Sind Sie bereit, sich auch zu den bundespolitischen Themen Atomwaffenverbot, Ächtung autonomer Waffen und konsequente Restriktion von Rüstungsexporten sowie der Förderung von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung in Ihrer Partei zu engagieren?**

Wir unterstützen grundsätzlich den Einsatz von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung im Rahmen von auswärtiger Diplomatie. Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich ebenso für eine weitere Abrüstung von Atomwaffen einsetzen, die Durchsetzung eines Atomwaffenverbots erscheint aber

aufgrund der Lage in der Welt zwar wünschenswert aber nicht durchsetzbar. Autonome Waffen hingegen werden aber unserer Sicht immer zum Bestand der Bundeswehr und der NATO gehören.